



Utopie Europa 2023

Utopie statt Dystopie: Fake News und die Zukunft Europas

Auf Initiative des Büros für Hochschulkooperation des Institut français Deutschland (IFD) und mit Unterstützung der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH), wurde „Utopie Europa“ als Label und Veranstaltungsreihe konzipiert, die in erster Linie Studierenden an Hochschulen in ganz Deutschland die Möglichkeit gibt, ihre Ideen und Vorschläge für die Zukunft Europas zu debattieren. Nach drei erfolgreichen Debattenreihen im Rahmen von „Utopie Europa“ setzen das Büro für Hochschulkooperation des IFD und die DFH die Reihe 2023 unter dem **Motto „Fake News“ und die Zukunft Europas“** fort.

Mit dem Beginn der Covid-19-Pandemie traten vermehrt sogenannte „Fake News“, Desinformation und Verschwörungstheorien zum „Corona-Märchen“ in den Vordergrund. Im Zuge dessen intensivierte unter anderem die Europäische Kommission Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation, Falschinformationen und ausländischer Einflussnahme. Da Falschinformationen und Desinformationskampagnen als große Gefahr für demokratische Institutionen gelten, ist das Ziel dieser neuen Reihe, **Ideen für europäische Maßnahmen zur Bekämpfung der „Fake News“ in deutscher, französischer und interdisziplinärer Perspektive** zu debattieren und anschließend konkrete Vorschläge, wie die Europäische Union den Herausforderungen durch „Fake News“ in unserer Gesellschaft begegnen kann, vorzubringen.

Die Vorschläge aus den einzelnen Debatten/Veranstaltungen werden einer Jury beim „Utopie Europa Preis 2023“, der Abschlussveranstaltung in der Französischen Botschaft in Berlin, vorgestellt. Weitere Veranstaltungen aus diesem Themenbereich können das Label „Utopie Europa“ erhalten. Das Projekt wird von der Vertretung der Europäischen Kommission sowie dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland unterstützt.

- **Thema** „Fake News und die Zukunft Europas“
- **Format** Öffentliche Debatten oder Workshops
- **Dauer** Januar-Mai 2023. Mit einer Abschlussveranstaltung in der Fr. Botschaft im Juni/Juli 2023
- **Ort** Hochschulen in Deutschland
- **TeilnehmerInnen** deutsche und französische Studierende, eingeladene deutsche und französische ExpertInnen
- **Publikum** Studierende, Doktoranden/innen, Wissenschaftler/innen (interdisziplinär), Zivilgesellschaft, Verbände, Politiker/innen
- **Sprachen** Deutsch/Englisch/Französisch
- **Organisation** Büro für Hochschulkooperation des Institut français
- Koordinierung** Deutschland/SCAC Französische Botschaft, mit der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH)



Projektaufruf Utopie Europa 2023

Inhalt

Immer häufiger wird über **massive Desinformationskampagnen** vor Wahlen, wie beispielsweise dem Brexit-Referendum oder dem US-Präsidentenwahlkampf 2016, berichtet. Im Zusammenhang mit **COVID-19 spricht die WHO gar von einer „Infodemie“**: die „übermäßige Menge von Informationen über ein Problem, die eine Lösungsfindung erschwert.“

Zwar setzte gezielte Meinungsmanipulation nicht erst mit dem Brexit oder der Pandemie des Covid-19-Virus ein - sie ist ein beliebtes Instrument autoritärer und totalitärer Regime sowie der psychologischen Kriegsführung, insbesondere während des Kalten Krieges: Propaganda, Information und Desinformation waren Waffen für das Gewinnen der „Herzen und Seelen“. In den letzten Jahren ergaben sich durch das Internet und die sozialen Medien jedoch darüber hinaus **neue Möglichkeiten zur massenhaften und automatisierten Verbreitung**. Vergleichbar mit der Erfindung des Buchdrucks, hat die Entstehung des Internets und den daraus entstandenen Möglichkeiten zur Informationsverbreitung durch Google, Facebook, Twitter oder Instagram & Co zu einer Revolution in der Informationsvermittlung geführt. Dazu unterstützen massive Falschinformationen auch die Verbreitung von Verschwörungstheorien.

Für eine Demokratie ist es in der Tat sehr wichtig, dass BürgerInnen Zugang zu zuverlässigen Informationsquellen haben und dass Medien in jeglicher Form dem Prozess der individuellen und öffentlichen Meinungsbildung dienen. Maßnahmen, die dies unterstützen bewegen sich im Spannungsfeld zwischen einem harschen Vorgehen gegen Desinformation und dem Recht auf Meinungsfreiheit.

Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland wurde durch entsprechende Gesetzesmaßnahmen reagiert. **Frankreich hat sich für ein Gesetz gegen "Fake News" entschieden**. Damit bleibt die Entscheidungshoheit gegen individuelle Akteure im Wesentlichen beim Gesetzgeber. Die französische Regierung hat darüber hinaus eine Expertengruppe um den Soziologen, Prof. Dr. Gerald Bronner eingerichtet, die dem französischen Präsidenten Anfang des Jahres ihren Bericht "Aufklärung im digitalen Zeitalter" vorgelegt hat. Der Bericht enthält eine Bestandsaufnahme von Online-Desinformation sowie Vorschläge in den Bereichen Bildung, Regulierung der sozialen Netzwerke/ algorithmische Logik, Wirtschaft der Infox, Recht und Bekämpfung der Verbreitung von Hassreden. Er betont insbesondere die Notwendigkeit, die Vermittlung von kritischem Denken sowie von Medien- und Informationskompetenz für alle Zielgruppen zu stärken und als



gemeinsames Ziel jeder Gesellschaft das Erbe der Aufklärung und die damit verbundenen Hoffnungen zu bewahren.

Im Gegensatz hierzu hat das **deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG)** die Verantwortung auf die sozialen Netzwerke übertragen, die so einen größeren Einfluss auf den öffentlichen Diskurs und den Wahlkampf nehmen können. Dies wird von Kritikern bemängelt: das NetzDG lege die staatliche Aufgabe, für die Einhaltung der Rechtsordnung zu sorgen, in die Hände der sozialen Netzwerke. Dies sind nur zwei Beispiele für sehr viele unterschiedliche nationale Vorschriften, angesichts derer einheitliche Regeln für soziale Plattformen, die ihre Dienste in ganz Europa anbieten, zu begrüßen wären.

Und in der Tat wurde auch auf europäischer Ebene gehandelt: 2018 rief die Kommission die sogenannte „High Level Expert Group on Fake News and Online Disinformation“ ins Leben. Deren abschließender Bericht empfiehlt mögliche Maßnahmen, die die Europäische Kommission im Kampf gegen Desinformation ergreifen könnte. Einige dieser Maßnahmen wurden bereits ergriffen, wie die Selbstverpflichtungen großer digitaler Plattformen und Technologiekonzerne, mit dem Ziel die Verbreitung von Desinformationen einzudämmen und mehr Transparenz für die Nutzer herzustellen. Am 5. Juli 2022 stimmte das Europäische Parlament einem Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) zu. Der „Digital Services Act“ geht über den Inhalt des NetzDG weit hinaus und soll die Regulierung von Plattformen europaweit vereinheitlichen. Es bleibt jedoch weiterhin ein großer Handlungsbedarf, um eine Vereinheitlichung der Umgangsweise mit der Zuverlässigkeit von Informationen zu gewährleisten.

In einer Welt, in der Falschinformationen immer schneller verbreitet werden, kommt auch der **Wissenschaft** eine besondere Bedeutung zu. Wie aktuell die Thematik auch in diesem Bereich ist, zeigt das Thema der letzten „Die Lange Nacht der Wissenschaften (LNDW), deren Veranstalter eine „Kampagne der LNDW 2022“ ausgerufen haben: „Fake News? Sei klüger!“ Dazu heißt es: „Die Lange Nacht der Wissenschaften bezieht Position gegen Falschdarstellungen, erfundene Behauptungen und Irrationalismus mit der Leitidee: Wissenschaft als Antwort auf Fake News, Verschwörungstheorien und fatale Irrtümer.“ In diesem Sinne, und da diese Thematik besonders stark junge Menschen betrifft, die mehrere Stunden täglich online sind, möchten wir die hiermit verbundenen Fragestellungen gerne Studierenden überlassen und Ihnen die Gelegenheit geben, Ideen zu entwickeln:

Welche Herausforderungen stellen „Fake News“ für unsere Demokratie dar? Was bedeutet in Bezug auf Fake News das Thema „Sicherheit“ im Netz auf europäischer Ebene: Wie könnte ein „sicheres Internet“ aussehen? Wie ändern diese Herausforderungen unseren Blick auf Wahrheit und



Debattenkultur in Europa? Welche Rolle kann der Erwerb von Medienkompetenz einnehmen? Wie kann verbalen Angriffen (Hate Speech), die aufgrund von Fake News sogar teilweise in tätliche Angriffe oder Androhung von Gewalt übergehen, begegnet werden? Wie dem Verlust an Vertrauen in unser Gemeinwesen und dessen Organe? Kann es europäische Strategien im Umgang mit Verschwörungstheorien geben? Ist der europäische Zusammenhalt durch „Fake News“ brüchiger geworden? Ist die Demokratie in Gefahr? Welche Aufgaben kommen den europäischen Institutionen, der Wissenschaft und der Presse zu?

All diese Fragen eröffnen einen breiten Raum für vielfältige Diskussionsvorschläge auf deutsch-französischer Ebene mit europäischem Fokus. Studierende aller Fachrichtungen sind eingeladen, Aspekte zu definieren und ihre Idee auf der Grundlage eines fruchtbaren Austauschs zu entwickeln. **Wie kann gewährleistet werden, dass die Zukunft Europas weiterhin durch Ideen für eine Utopie der funktionierenden Europäischen Gemeinschaft genährt wird und nicht auf Grundlage postfaktischer Falschmeldungen aus dem Netz in eine Dysopie umschlägt?**

Ablauf, Thema und Label „Utopie Europa“

„Utopie Europa“ ist eine Debattierreihe, die Studierende in den Mittelpunkt stellt und sie zu Akteuren macht, die Ideen einbringen, analysieren, debattieren und ihnen eine Stimme vor mehr oder weniger großem Publikum verleiht. **In der Reihe 2023 werden sich die Debatten um Themen rund um „Fake News“ drehen („Fake News“, Desinformation, EU-Mythen und Manipulation...), die das Vertrauen in unser gemeinsames Europa erschüttern und stattdessen Zweifel und Angst machen erzeugen. Kann solch ein Klima der Verunsicherung Europa spalten?**

Diese Thematik zu den Auswirkungen von „Fake News“ auf die europäischen Gesellschaften ist **bewusst breit gewählt und lässt Raum für Anpassung je nach örtlichem Kontext**, Fachbereichen und Forschungsschwerpunkten der Studierenden und deren DozentInnen. Die Vielfalt der möglichen Fragestellungen ermöglicht es Studierenden oder DozentInnen aus den Geistes-, Sozial-, Rechts-, Natur-, Technik- oder Wirtschaftswissenschaften interdisziplinär zu reflektieren, zu arbeiten und zu diskutieren.

Die Debattenreihe wird in zwei Phasen ablaufen: Eine **erste Phase** findet mit öffentlichen Debatten oder -Workshops in den Hochschulen statt, die im Vorfeld auf Grundlage der jeweiligen Projekte vom IFD und der DFH ausgewählt wurden. Die auserwählten Projekte erhalten bei Bedarf eine finanzielle Unterstützung, deren Überweisung 2023 erfolgt (Kofinanzierung). Im Rahmen der einzelnen Veranstaltungen wird jede Hochschul-/Studierendengruppe einen konkreten Vorschlag



für Maßnahmen unterbreiten, die Europa bei der Bekämpfung von „Fake News“ unterstützen. Die ausgewählten Veranstaltungen werden automatisch das Label „Utopie Europa“ sowie die dazugehörigen Kommunikationsmaßnahmen erhalten.

In einer **zweiten Phase** wird jeder Vorschlag von einer Gruppe von 2 bis 3 Studierenden vor einer Jury und vor den anderen Teams im Rahmen des „Utopie Europa Preises 2023“ öffentlich präsentiert und verteidigt. Diese zweite Phase wird aus einem Rhetorikwettbewerb bestehen, der im Frühsommer 2023 in der französischen Botschaft in Berlin stattfinden wird. Das Wettbewerbsformat orientiert sich an Sportwettbewerben, mit einem Prinzip von Pools, die zu einem Finale führen. Das Gewinnerteam wird mit dem "Utopie Europa Preis 2023" ausgezeichnet. Es wird die Möglichkeit haben, sich mit Entscheidungsträgern zu treffen und zu diskutieren, um ihren Handlungsempfehlungen einer europäischen Institution zu unterbreiten.

Das Label „Utopie Europa“ kann auf Anfrage auch für andere Veranstaltungen vergeben werden, sofern sie das Thema „Fake News und die Zukunft Europas“ bedienen und in verschiedenen Formaten (Konferenz, Podiumsdiskussion, Informationsworkshop usw.) durchgeführt werden. Diese Labelisierung verhilft zu einer größeren Sichtbarkeit auf allen Online-Portalen des Institut français Deutschland und der Deutsch-Französischen Hochschule und wird so ein breites Publikum erreichen. Diese Veranstaltungen können jedoch (im Gegensatz zu den Wettbewerbs-Veranstaltungen) nicht finanziell gefördert werden.

Antragsstellung für ein Projekt im Rahmen des Wettbewerbs

Die Projektvorschläge sollten Folgendes enthalten:

- den Titel der öffentlichen Debatte/Workshop-Reihe, - das voraussichtliche Datum, an dem sie stattfinden wird,
- den Veranstaltungsort,
- eine kurze Beschreibung und eventuell die vorgesehenen TeilnehmerInnen,
- einen vorläufigen Haushaltsplan, aus dem die beantragten Mittel und sonstigen Ressourcen hervorgehen.

Senden Sie die vollständigen Bewerbungen (2-4 Seiten Beschreibung und eventuelle Anhänge) **bis 31.01. 2023** im PDF-Format an folgende E-Mail-Adresse: nicole.martinez@diplomatie.gouv.fr.



Antragsstellung für die Labelisierung einer Veranstaltung

Bitte übersenden Sie die Anträge für eine Labelisierung (ohne Finanzierung) Ihrer Veranstaltung zum Thema (ohne Beteiligung Studierender) unter Beifügung einer kompletten Beschreibung (Datum, Programm, Referenten, Organisatoren, Veranstaltungsort, etc...) an folgende E-Mail-Adresse (idealerweise vier Wochen vor Veranstaltungsbeginn): nicole.martinez@diplomatie.gouv.fr

Eine Labelisierung ist für Veranstaltungen, die 2023 (bzw. ab 1.10.2022) stattfinden, möglich. Veranstaltungen können auch noch im Nachgang labelisiert werden und somit weiterhin Sichtbarkeit auf den Internet-Portalen erhalten.

Förderfähigkeit von Anträgen und Ausgaben

Die Projektvorschläge müssen von einer Person in verantwortlicher Stellung im deutschen Hochschulwesen (ProfessorIn, PrivatdozentIn, DozentIn, LektorIn usw.) und deren akademischen (o.ä.) Einrichtung (Hochschule, Institut, Lehrstuhl usw.), die für den Erhalt der Fördersumme in Frage kommt, eingereicht werden. Die vorgeschlagenen Veranstaltungen sollten in erster Linie Studierende miteinbeziehen, sowie ExpertInnen über die eigene akademische Einrichtung hinaus, und in einem möglichst großen Rahmen öffentlich zugänglich sein. Wissenschaftliche Symposien sind nicht förderfähig, können aber labelisiert werden. Die Förderung dient in erster Linie zur Unterstützung der anfallenden Kosten für die Organisation dieser öffentlichen Veranstaltungen. Verbindlichkeit der Teilnahme Projekte, die eine finanzielle Unterstützung erhalten haben, müssen am Ende der Phase I einen politischen Vorschlag einreichen und an der letzten Runde (Phase II) teilnehmen, andernfalls muss die finanzielle Förderung rückerstattet werden. Das Logo von „Utopie Europa“ muss in jeglicher Kommunikation im Zusammenhang mit Veranstaltungen und in den daraus resultierenden Veröffentlichungen verwendet und beachtet werden. Ebenso müssen die Kommunikationselemente an das IFD übermittelt werden, damit sie auf den Websites und in den sozialen Netzwerken des Instituts sowie der DFH verbreitet werden können. Die teilnehmenden Projektverantwortlichen verpflichten sich, spätestens zwei Monate nach dem Ende der Veranstaltungen einen zweiseitigen Bericht über diese an das IFD zu senden. Dazu zählen auch Fotos und möglicherweise Audio- und/oder Videoaufnahmen von den Veranstaltungen. Medienberichte (Zeitungsartikel, Pressemitteilungen, Interviews nach der Einladung von Journalisten zur Abschlussdebatte) sollten ebenfalls übermittelt werden. Spätestens nach zwei Monaten sind auch ein Finanzbericht mit einer detaillierten Aufstellung der Ausgaben für Utopie Europa sowie Kopien der Rechnungen vorzulegen.



Kontakt

Wir stehen Ihnen für weitere Auskünfte und Hilfe gerne zur Verfügung!

Büro für Hochschulkooperation

Dr. Bernard LUDWIG

Attaché für Hochschulkooperation

Bernard.ludwig@diplomatie.gouv.fr

Nicole MARTINEZ

nicole.martinez@diplomatie.gouv.fr

+49 (0) 30 590 03 92 10

Institut français d'Allemagne

Institut français d'Allemagne

Pariser Platz 5, 10 117 Berlin



Deutsch-Französische Hochschule

Sebastian ROST

Stellvertretender Referatsleiter
„Steuerungsgremien und wissenschaftliche
Projekte“

rost@dfh-ufa.org

+49 (0) 681 93812 – 180

Université franco-allemande

Kohlweg 7, 66123 Saarbrücken



Logos weiterer Partner

